Krisenfeste Ideale?

Datum	28.8.2026
Subjekt	Leibniz-Gemeinschaft
Region	Germany
Kategorie	Politics, Science and research, Human rights

Neue Umfrageexperimente untersuchen, wie stabil die Unterstützung für demokratische Rechte und Verfahren in Krisenzeiten tatsächlich ist.

Demokratie genießt in Umfragen breite Zustimmung. Doch wie stabil ist die Unterstützung für demokratische Rechte und Verfahren in Krisenzeiten tatsächlich? Neue vergleichende Umfrageexperimente in sechs Ländern zeigen: In Ausnahmesituationen sind Bürger*innen persönliche Freiheiten und alternative Entscheidungsverfahren wichtiger als demokratische Prinzipien.

Die Corona-Pandemie war für die Forschenden Christian Rauh, Heiko Giebler, Jan Paul Heisig, Johannes Gerschewski und Jianghong Li Anlass, die Unterstützung für die Demokratie in verschiedenen Ländern zu untersuchen. Gerade in der Krise zeigt sich, wie stark die Bürger*innen bereit sind, für demokratische Prinzipen einzutreten. Auch wenn die Demokratie vielen Menschen als die schützenswerteste Staatsform gilt, fragten sich die Autoren*innen, ob diese grundsätzliche Zustimmung auch dann trägt, wenn demokratische Prinzipien mit individuellen Interessen oder anderen Entscheidungslogiken kollidieren – wie etwa in einer Pandemie, beim Klimawandel oder bei anderen gesellschaftlichen Krisen. Wie belastbar sind demokratische Überzeugungen wirklich, wenn Bürger*innen sie gegen andere Freiheiten oder Entscheidungsverfahren abwägen müssen?

Umfragen in Deutschland, Japan, Polen, Spanien, Südkorea und Ungarn

Um das herauszufinden, wurden 9.000 wahlberechtigte Personen in Deutschland, Japan, Polen, Spanien, Südkorea und Ungarn im November 2021 befragt. In zwei innovativen Umfrageexperimenten sollten sie zwischen unterschiedlichen Maßnahmenpaketen und Entscheidungsverfahren wählen. Dabei zeigte sich: Politische Maßnahmen, die demokratische Rechte einschränken – verschobene Wahlen, Demonstrationsverbote, staatliche Kontrolle über die Medien –, beeinträchtigen die Unterstützung der Bürger*innen für Pandemie-Maßnahmenpakete kaum. Maßnahmen, die in das Privatleben der Befragten eingreifen, werden dagegen eindeutig abgelehnt. Bei den Entscheidungsprozessen steht die Beratung durch Experten mit großem Abstand an erster Stelle, während parlamentarische Abstimmungen und parteiübergreifender Konsens den letzten Platz einnehmen – ganz gleich, ob die Menschen im Zusammenhang mit Covid-19, dem Klimawandel oder „gesellschaftlichen Herausforderungen“ im Allgemeinen befragt werden.

Anlass zur Sorge

Die Ergebnisse dieser am WZB abteilungsübergreifend entstandenen Untersuchung geben Anlass zur Sorge: Der begrenzte Rückhalt für zentrale demokratische Rechte und Entscheidungsverfahren gerade in Krisenzeiten kann dazu führen, dass demokratische Rechenschaftspflichten der Regierung langsam ausgehöhlt werden, nicht demokratisch legitimierte Akteure an Einfluss gewinnen und Gelegenheiten für eine dauerhafte Schwächung demokratischer Mechanismen entstehen. Deutlich wird, dass man sich nicht auf der allgemeinen Zustimmung zu abstrakten Idealen der Demokratie in Bevölkerungsumfragen ausruhen sollte. Es ist vielmehr wichtig, die Sichtweisen der Bürger*innen auf die komplexen, mehrdimensionalen Zielkonflikte in der demokratischen Regierungsführung

unserer Gesellschaften zu verstehen.

Studie

European Journal of Political Research (open access): Rauh, C./Giebler, H./Heisig, J. P./Gerschewski, J./Li, J.: The democratic ideal under stress: Citizen commitment to democratic rights and procedures in challenging times. In: European Journal of Political Research, 2026. DOI: 10.1017/S1475676526101613.

Weitere Informationen und Kontakt

Detaillierte Zusammenfassung in den WZB-Mitteilungen

Pressemitteilung des Wissenschaftszentrums Berlin für Sozialforschung (WZB)

https://www.leibniz-gemeinschaft.de/ueber-uns/neues/forschungsnachrichten/forschungsnachrichten-single/newsdetails/krisenfeste-ideale